

# EU-Parlament will Armenier-Massaker als Völkermord einstufen

Abstimmung über Resolution am Mittwoch / Deutscher Bundestag hält sich mit Rücksicht auf die Türkei zurück

Von Steffen Honig

**V**ölkermord - so hat Papst Franziskus die vor 100 Jahren begonnenen Massaker im Osmanischen Reich an den Armeniern am Sonntag bezeichnet. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu reagierte scharf: Die Aussagen seien „unglücklich gewählt, falsch und widersinnig“ und beruhten auf einer fehlerhaften Interpretation der Geschichte. Die kollektive Schuldzuweisung an Muslime und Türken trage zum steigenden Rassismus in Europa bei, wettete Davutoglu.

Ein ähnliches Donnerwetter aus Ankara droht nun dem Europaparlament. Das will am

Mittwoch eine Resolution zu den Armenier-Massakern verabschieden. Arne Lietz, SPD-Europaabgeordneter aus Wittenberg, erklärt: „In der Überschrift wird das Wort Genozid stehen.“

Die Wertung der Verbrechen an den Armeniern als Genozid - also Völkermord - entspricht dem, was die historischen Tatsachen belegen. Die Armenier auf dem Gebiet der heutigen Türkei waren 1915/16 der Vertreibung und Vernichtung ausgesetzt. Die Zahl der Toten kann nur geschätzt werden und liegt zwischen 200 000 und 1,5 Millionen.



Arne Lietz

Die türkische Führung ordnet die Geschehnisse bis heute offiziell lediglich als Kriegereignisse ein und bestreitet einen Völkermord.

Lietz: „Es geht nicht darum, der Türkei zu schaden. Das Land

will aber Mitglied der Europäischen Union werden. Da es ist unabdingbar, der eigenen Geschichte gewahr zu werden.“ So, wie das in Deutschland mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus' geschehen sei. Der SPD-Politiker verweist im Falle der Gräueln an den Armeniern auf die doppelte Verantwortung Deutschlands: „Das



Deutsche Reich war über Verbrechen informiert, hat aber als enger Verbündeter der Türkei nicht eingegriffen.“

Mit dem Thema befasst sich am 24. April auch der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde. Im Unterschied zum

Europäischen Parlament ist nicht mit einer Völkermord-Einstufung der Massaker zu rechnen. Jedenfalls nicht in der Überschrift des gemeinsamen Antrages von Union und SPD, die im Bundestag die Mehrheit haben.

EU-Parlamentarier Lietz ermuntert die Kollegen zu mehr Klarheit: „Ich würde mich freuen, wenn das Parlament über seinen eigenen Schatten springen könnte.“ Bei Linken und Grünen läuft er offene Türen ein, doch die Koalitionsparteien bremsen und nehmen so Rücksicht auf türkische Befindlichkeiten. Für Ankara bleibt es dabei: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.